

Hintergrundpapier

Nr. 8 / Juli 2009

Das indonesische Superwahljahr 2009

von Rainer Heufers

Das indonesische Volk hat am 9. April 2009 zum dritten Mal in freien und fairen Wahlen ein neues Parlament gewählt. Nach gängiger Einschätzung hat Indonesien damit den Zustand einer „reifen Demokratie“ erreicht. In der Tat gibt es beträchtliche Fortschritte in diesem inzwischen elfjährigen Prozess des Übergangs eines agrarisch geprägten Landes mit geringem Volkseinkommen und muslimischer Bevölkerungsmehrheit zu einer Mehrparteiendemokratie. Nun folgt am 8. Juli die Präsidentschaftswahl, die die Machtverhältnisse in Indonesien für die nächsten fünf Jahre festlegen wird. Im vorliegenden Papier werden die wichtigsten Hintergründe und Entwicklungen sowie die Kampagnen im Präsidentschaftswahlkampf erläutert.

Inhaltsverzeichnis

- Der nationale Kontext
- Die Parlamentswahlen am 9. April
- Das Ergebnis der Parlamentswahlen
- Das neue Parlament Indonesiens
- Exkurs: Die Entwicklung der indonesischen Parteienlandschaft
- Das Präsidentschaftssystem und die Präsidentschaftskandidaten Indonesiens
- Wahlplattformen der Präsidentschaftskandidaten

Der nationale Kontext

Indonesien ist mit einer Landmasse von knapp 2 Millionen km² und geschätzten 240 Millionen Einwohnern der Riese unter den südostasiatischen Nationen. Das Land spielte in der Region eine Führungsrolle bis die asiatische Wirtschaftskrise Ende der 1990er Jahre, der politische Umbruch sowie Unruhen und Bombenattentate den Riesen straucheln ließen. Heute haben die Indonesier, trotz der Ölvorkommen und des Reichtums an Zinn, Gas, Nickel etc., nur ein geringes pro-Kopf Einkommen von gut 2.200 USD in gegenwärtigen Marktpreisen. Die Hälfte der Einwohner leben mit einem Einkommen von weniger als 2 USD am Tag. Nicht wenige machen internationale Einflußnahme und besonders die Intervention des IWF dafür verantwortlich. In der Krise 1997/98 verordnete der Währungsfonds dem Land eine drastische Ausgabenreduzierung, das genaue Gegenteil zu den Liquiditätshilfen, die sich die westlichen Länder in der gegenwärtigen Krise selbst verschreiben.

Das produzierende Gewerbe erwirtschaftet heute zwar den größten Teil des Volkseinkommens, die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet aber in der Landwirtschaft auf Feldern, die meist kleiner als 1 Hektar sind und nach tradierten Methoden bestellt werden. Das ländlich-traditionelle Leben prägt das Denken der Menschen. Nach dem Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung bezeichnen sich zwei Drittel der indonesischen Bevölkerung als „religiös“ und weitere 29% als „hoch religiös“. Das schließt sowohl die 86% Muslime, als auch die 9% Christen und 3% Hindus ein.

Die ländlich-traditionellen Wertvorstellungen, der populäre Ruf nach Hilfen für die Armen, sowie die vermeintliche Bedrohung Indonesiens durch ausländische Interessen bilden den gesellschaftlichen Rahmen für den diesjährigen Wahlkampf in den indonesischen Parlamentswahlen am 9. April und den kommenden Präsidentschaftswahlen am 8. Juli.

Die Parlamentswahlen am 9. April 2009

Den Anfang machten am 9. April die Parlamentswahlen, in denen die über 170 Millionen Wähler aus etwa 350.000 Kandidaten die Mandate im Nationalparlament, in den 33 Provinzparlamenten sowie in den etwa 460 Distrikt- und Stadtparlamenten vergaben. Wie bereits die beiden ersten demokratischen Wahlen in 1999 und 2004 können auch diese als frei und fair bezeichnet werden. Davon überzeugte sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit als offiziell akkreditierte Wahlbeobachterin.

Besonderes Augenmerk wird in Indonesien auf den friedlichen Verlauf von Wahlen gelegt. Erfreulicherweise war der Wahlkampf auch in diesem Jahr wieder weitgehend gewaltfrei. Selbst in den Landesteilen Papua und Aceh mit ihren separatistischen Tendenzen verliefen die Wahlen fast ohne Störungen. In Aceh gab es vereinzelte Gewalttaten und Einschüchterungsversuche der verschiedenen politischen Seiten, die aber von Beobachtern nicht als wahlentscheidend bewertet wurden. Auch in Papua gab es Fälle von Gewalt mit Todesopfern. Insgesamt waren dies aber Einzelfälle und von keinem politischen Gewicht.

Der Erfolg einer Wahl hängt schließlich auch vom Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie und ihre Repräsentanten ab, ausgedrückt durch die Wahlbeteiligung des Volkes. Der Übergang

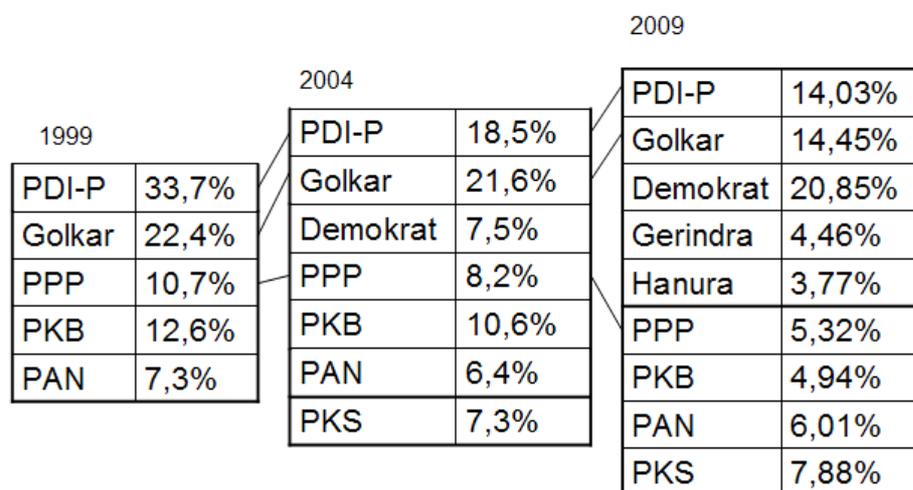
von durchgängig personalisierten Beziehungen in der Diktatur zur demokratischen Herrschaft unpersönlicher Institutionen ist in Indonesien unvollendet. Ein demokratisches Bewusstsein ist insofern in der Bevölkerung noch nicht ausgereift und die Politiker beklagen, dass die Wähler ausschließlich an Geldgeschenken und anderen materiellen Zuwendungen Interesse zeigen. Umgekehrt wächst unter den indonesischen Wählern das Misstrauen gegenüber den Kandidaten. Zunehmend aufgedeckte Korruptionsfälle im Parlament, in der Regierung und in den Parteien bestätigen den Eindruck, dass sich Politiker aus öffentlichen Mitteln bereichern. Die Wahlbeteiligung konnte insofern nicht die 84% aus der Wahl von 2004 erreichen. Erfreulicherweise gaben am Wahltag aber immer noch etwa 70% der Indonesier ihre Stimme ab, wobei allerdings aufgrund massiver technischer Probleme zum Schluss nur etwa 60% der Stimmen gültig waren.

Erstes wichtiges Fazit der Parlamentswahlen ist, dass in Indonesien nach Ende der Diktatur nun zum dritten Mal gewählt wurde, dass diese Wahlen frei, fair und friedlich verliefen, mit nachlassender, aber weiterhin zufriedenstellender Wahlbeteiligung. Dies ist ein Meilenstein auf dem Übergang zur Demokratie, zugleich nimmt aber die öffentliche Wertschätzung von Parteien und Politikern in bedenklichem Maße ab.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen

Betrachtet man das Wahlergebnis im Ganzen, dann verloren vor allem die größeren Parteien an Stimmen. Die Demokratische Partei Indonesiens (PDI-P) schnitt nach der Staatspräsidentschaft ihrer Vorsitzenden Megawati (2001–04) schon 2004 schlecht ab und verlor 2009 nochmals über vier Prozent der Stimmen. Die konservative Golkar Partei des jetzigen Vizepräsidenten Kalla büßte ebenfalls beträchtliche Wählerstimmen ein und ist jetzt nur noch etwa gleich stark mit der PDI-P. Und auch die beiden kleineren, aber einflussreichen Parteien PPP und PKB, die sich auf muslimische Traditionen berufen, verloren an Stimmen.

Schaubild 1: Stimmenverluste der großen Parteien



Alle genannten Parteien leiden darunter, dass sie innerlich zerstritten sind und/oder von einer schwachen Führungspersönlichkeit geleitet werden. Ihre Stimmenverluste sind zudem durch eine unklare politische Positionierung und eine schlechte Kampagnenplanung begründet.

Im Umkehrschluss erklärt die Führungsqualität auch die Wahlerfolge anderer Parteien. Die Demokratische Partei (Partai Demokrat) wird vom insgesamt erfolgreich regierenden Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono geleitet und konnte den Stimmenanteil seit 2004 fast verdreifachen.

Es gibt vielfältige Gründe für die Popularität des Präsidenten:



- Dreimalige Benzinpreissenkungen bei fallenden Ölpreisen
- Engagierte Korruptionsbekämpfung ohne Schutz der eigenen Familie
- Zunehmende Sicherheit und Stabilität in Indonesien
- Direkte Barzahlungen an Arme seit 2005
- Direkte Finanzierung der Betriebsausgaben von Grund- und Sekundarschulen zur Verringerung von Schulgebühren und anderer Aufwendungen

Präsident Susilo Bambang Yudhoyono ("SBY")

Auch die beiden Neugründungen Gerindra und Hanura, die von zwei bekannten wegen ihrer Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen während der Suharto-Diktatur berüchtigten Ex-Generälen geleitet werden, konnten beachtliche Anfangserfolge erzielen. Beide Parteien erreichten allerdings weit weniger als die erwünschten Stimmenanteile und mussten sich mit jeweils weniger als 5% der Stimmen zufriedengeben.

Neben diesen Parteien konnte nur die PKS leicht zulegen, eine von der ägyptischen Muslimbruderschaft inspirierte Partei, die traditionelle arabisch-nahöstliche Wertvorstellungen in Indonesien einzuführen beabsichtigt. Mit ihrem vergleichsweise gut funktionierenden Parteiapparat hatte die Partei eigentlich beträchtliche Stimmenzuwächse erwartet, diese aber wiederum aufgrund interner Streitigkeiten nicht erreichen können.

Die PKS leidet als Partei mit vorwiegend islamisch motivierter Wählerschaft zugleich unter der Verschiebung der grundsätzlichen Konfliktlinien in der Gesellschaft. Während früher in der indonesischen Politik zwischen säkularen und islamischen Parteien unterschieden wurde, gehört die islamische Symbolik heute zum Repertoire aller Parteien. Die Partei Golkar, ehemals das modernistische Machtinstrument des Diktators Suharto, setzt sich inzwischen zunehmend für islamische Normen ein, zumindest dort, wo es im Wahlkampf dienlich ist. Präsident Yudhoyono ließ die Verabschiedung eines aus PKS-Kreisen initiierten Anti-Pornographie Gesetzes zu und brems-te damit im Wahlkampf seine islamisch motivierten Gegner aus (vgl. FNF-Bericht 68/08 zu diesem Thema). Die eigentlich säkularen Parteien bedienen sich auf diese Weise eines konservativen Trends in der Gesellschaft und verstärken ihn. Dies ist nicht Ausdruck eines „Islamismus“ dieser Parteien, sondern deren Wahlkampf kalkül. Darunter litt in den Parlamentswahlen der Stimmenanteil der Parteien, die sich auf muslimische Traditionen berufen.

Schaubild 2: Stimmenverluste der „islamischen Parteien“

	1999	2004	2009
PPP	10,7%	8,2%	5,32%
PKB	12,6%	10,6%	4,94%
PAN	7,3%	6,4%	6,01%
PKS		7,3%	7,88%

Das neue Parlament Indonesiens

In Indonesien gilt ein reines Verhältniswahlrecht, d.h. die Parteien hatten offene Listen aufzustellen für die Wahlen zum National-, zu den Provinz- und zu den Distrikt- bzw. Stadtparlamenten. Die Wähler konnten der Parteiliste selbst oder alternativ auch einem einzelnen Kandidaten auf dieser Liste ihre Stimme geben. Dies verschärfte den Wettbewerb zwischen den einzelnen Kandidaten, auch denen auf der gleichen Parteiliste. Als die Parteien im Sommer 2008 qua interner Verhandlungen bis zu 25.000 Kandidaten auf ihren Listen aufzustellen hatten, konnten sich auffällig engagierte Jungpolitiker oftmals gegen allzu bequem eingerichtete Eliten durchsetzen. Zudem wurden viele Listenplätze an neue weibliche Kandidaten vergeben, weil der Gesetzgeber empfohlen hatte, jeden dritten Listenplatz mit einer Frau zu belegen. Wenn also das Parlament im Oktober 2009 erstmals zusammentreten wird, dann finden sich auf den 560 Sitzen insgesamt 70% Neuparlamentarier, also 400 Abgeordnete, die das erste Mal ins Parlament gewählt wurden. Dies eröffnet zwar Chancen für das korruptionsgeplagte Abgeordnetenhaus, aber auch eiligen Schulungsbedarf für die Parlamentarier.

Die neuen Mitglieder des Nationalparlaments haben zur Hälfte eine Universität besucht, nicht wenige sind Geschäftsleute. Aufgrund des personalisierten Wahlkampfes konnten sich auch einige Filmstars, bekannte Komödianten und die Kinder der bekanntesten Politiker durchsetzen. Die genannte Frauenquote von 30% auf den Listen führte zudem zu einer deutlichen Zunahme der Frauen in den Parlamenten. Im ersten frei gewählten Nationalparlament 1999–2004 befanden sich nur 9% weibliche Mitglieder, im zweiten Parlament stieg die Zahl auf 11% an. Im neuen Parlament werden nunmehr 102 Frauen vertreten sein und 18% der Sitze einnehmen. Die PKB hat mit 26% den größten Frauenanteil in ihrer Fraktion, gefolgt von der Partai Demokrat mit 25%. Die PDI-P hat noch 21% Frauen in der Fraktion, während die meisten anderen Parteien etwa bei 15% liegen. Die an der ägyptischen Muslimbruderschaft orientierte PKS verfügt aus erklärlichen Gründen nur über 5% Frauen in ihrer Fraktion.

Die genaue Fraktionsstärke steht aufgrund anhängender Klagen und technischer Probleme zurzeit noch nicht fest. Der derzeitige Stand der Sitzverteilung könnte sich daher noch leicht ändern:

Partai Demokrat	150	PKS	57	PKB	27
Golkar	107	PAN	43	Gerindra	26
PDI-P	95	PPP	37	Hanura	18

Aus der Fraktion der Partai Demokrat wurde in der Vergangenheit ein Interesse an Kontakten zu Liberal International geäußert. Die Parteien PDI-P und PKB sind Partnerparteien der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und haben Beobachterstatus im liberalen regionalen Parteienbündnis Council of Asian Liberals and Democrats (CALD). Zu diesen drei Fraktionen, aber auch zu einzelnen Mitgliedern anderer Fraktionen, hat die Stiftung enge Beziehungen. Insgesamt unterhält die Stiftung zu 82 der neuen Mitglieder einen guten Kontakt; viele davon haben Programme der Stiftung in Indonesien und Deutschland besucht.

Problematisch ist die Zusammenarbeit mit indonesischen politischen Parteien insofern, weil sie, wie in vielen anderen jungen Demokratien, schwache Organisationen sind, die von einer Führungselite dominiert werden. Aufgrund ihrer geringen politischen Kapazitäten und vagen ideologischen Basis sind die Parteien kaum in der Lage, die Interessen der Wähler zu aggregieren oder zu artikulieren. Sie haben einen schwachen Bezug zu identifizierbaren Wählergruppen und kümmern sich in erster Linie um ihre eigenen Interessen bzw. die ihrer Führungspersonlichkeiten oder deren Finanziere. Dies geht in erster Linie auf die Geschichte dieser Parteien zurück.

Exkurs: Die Entwicklung der indonesischen Parteienlandschaft

Präsident Suharto sicherte sich seine über 30jährige Herrschaft durch eine dominante Koalition einflussreicher Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Militär sowie einer in Golkar organisierten öffentlichen Verwaltung (Schaubild 3). Daneben fanden sich die aus dem demokratischen Experiment in der Frühphase der indonesischen Republik verbliebenen Oppositionskräfte in zwei Parteien zwangsfusioniert. In der PPP versammelten sich die islamisch orientierten Kräfte, in der PDI die organisierten Christen sowie die Anhängerschaft des Staatsgründers Sukarno und seiner nationalistischen Ideologie einer gelenkten Demokratie.

Schaubild 3 : Suhartos Machtsystem



letzte Gefühle spielten im Wahlkampf eine größere Rolle als sachpolitische Themen. All das trägt zum negativen öffentlichen Image der Parteien bei und stimmt viele politische Beobachter pessimistisch hinsichtlich der Zukunft der parlamentarischen Demokratie in Indonesien.

Der intra-elitären Streit hat aber auch seine gute Seiten: Ab 1998 versuchten die Mitglieder der Elite über Parteigründungen an der neuen Machtverteilung zu partizipieren. In Abwesenheit eines zentralen Autokraten gelang dies nur über einen fairen politischen Wettbewerb nach demokratischen Regeln. Nur aus diesem Grund hat sich das demokratische System in den wenigen Jahren nach der Diktatur so erstaunlich gut entwickeln können. Dieses System gewährt zudem auch den Bürgern ein ungewohntes Ausmaß an Kontrolle über die politischen Entscheidungen und schafft damit einen staatlichen Legitimationszwang und den erforderlichen Druck für eine Reduzierung der Korruption. Die bemerkenswerte Arbeit des neuen Verfassungsgerichts und der Anti-Korruptionskommission legen davon Zeugnis ab. Langsam entsteht in der indonesischen Öffentlichkeit ein Bewusstsein für einklagbare individuelle Rechte.

Die herrschende Unzufriedenheit bietet aber leider auch denjenigen Chancen, die sich gegen die Demokratie äußern. Die islamisch motivierten Parteien Indonesiens stehen fest im demokratischen Lager und stellen keine Bedrohung dar. Die neuen Parteien Gerindra und Hanura stehen der Demokratie skeptischer gegenüber, haben aber im Wahlkampf nicht ausreichend überzeugen können. Auch wenn derzeit niemand die Macht hat, das demokratische System auszuhebeln, so liegt aber dennoch eine Gefahr für die indonesische Demokratie besonders darin, dass ein vermöglicher und gewandter Populist eine neue Machtbalance der Elite erwirken und für die eigene despotische Herrschaft nutzen könnte. Thailand liefert hier mit dem früheren Premier Thaksin ein warnendes Beispiel. Ebenso wie in Thailand würden auch weite Teile des indonesischen Volkes eine solche Herrschaft als Alternative zu den gegenwärtigen Machenschaften von Parteien und Parlamenten begrüßen.

Zweites wichtiges Fazit der Parlamentswahlen ist, dass die innerlich zerstrittenen oder schwach geführten Parteien, darunter auch die beiden Beobachterparteien in CALD, Verluste hinnehmen mussten und in den kommenden Parteitag einige schwierige Entscheidungen zu treffen haben werden. Parteien mit klaren Führungsstrukturen oder eindeutig identifizierbaren politischen Positionen wurden vom Wähler eher akzeptiert, auch wenn generell alle Parteien noch nicht willens und in der Lage sind, sich an den Interessen bestimmter Wählergruppen zu orientieren. Da die Parteien vielmehr aus reinem Machtkalkül Positionen beziehen, spielt auch die vormals bedeutende Unterscheidung zwischen eher säkularen und eher islamisch-motivierten Parteien in der Analyse dieser Parlamentswahlen kaum mehr eine Rolle.

Neun Parteien schafften den Sprung ins Parlament, 29 wahlbeteiligte Parteien werden nicht im Parlament vertreten sein. Letztlich waren die Parlamentswahlen aber nur der erste Schritt im diesjährigen Wahlprozess, der durch die nachfolgenden Präsidentschaftswahlen abgeschlossen wird.

Das Präsidentschaftssystem und die Präsidentschaftskandidaten Indonesiens

Der Wahlkampf in den Parlamentswahlen verfolgte einerseits das Ziel der größtmöglichen Repräsentanz einer Partei im Parlament. Ein weiteres gleichsam bedeutendes Ziel des Wahlkampfes war zugleich die Positionierung für die Präsidentschaftswahlen am 8. Juli. Die Stimmen aller 36 wahlbeteiligten Parteien wurden berücksichtigt, als es im Mai 2009 um die Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten ging. Ein Kandidat braucht nach dem Gesetz die Unterstützung von Parteien mit mindestens 25% der Wählerstimmen oder 20% der Sitze im Parlament, um sich registrieren zu lassen.

Der Präsident ist in Indonesien der Vorsitzende der Exekutive; er hat aber auch Einfluss auf den legislativen Prozess im Parlament. Ein Gesetzentwurf wird in der Regel vom Parlament ausgearbeitet und anschließend dem Präsidenten zugeleitet, der über das zuständige Fachministerium eine Liste mit Änderungsvorschlägen erarbeiten lässt. Das Parlament arbeitet diese Liste im Einvernehmen mit dem Ministerium ab und schickt den revidierten Gesetzentwurf schließlich zur Unterschrift an den Präsidenten. Aufgrund der Macht über die Exekutive und seinen Einfluss im Gesetzgebungsverfahren ist der Präsident das Zentrum der politischen Macht in Indonesien.

Nach dem großen Wahlerfolg der Partei des Präsidenten geht man in Indonesien davon aus, dass Präsident Yudhoyono wiedergewählt wird. Nach der Umfrage eines führenden Meinungsforschungsinstituts des Landes sprachen sich im Juni 2009 über 67% der Indonesier für eine Fortsetzung seiner Präsidentschaft aus. Weite Teile der gesellschaftlichen Elite bemühen sich, in größtmögliche Nähe zu diesem Machtzentrum zu rücken. 20 Parteien, die es nicht ins Parlament schafften, unterstützen vor allem deshalb seine aussichtsreiche Kandidatur. Die vier islamisch motivierten Parteien PKS, PPP, PKB und PAN (siehe Schaubild 2), die alle im Parlament vertreten sein werden, schlossen sich ebenfalls dem Bündnis an.



Golkar stellte als zweitgrößte Partei ihren Vorsitzenden Jusuf Kalla (siehe Bild) auf, der damit als derzeitiger Vizepräsident gegen seinen Vorgesetzten in der Regierung antritt. Die Partei wäre wahrscheinlich besser beraten gewesen, weiter im Fahrwasser von Yudhoyono zu schwimmen, aber sie fühlte sich in der Rolle des Juniorpartners unwohl. Zudem hatte man sich in verschiedenen Regionen mit der Demokratischen Partei des Präsidenten überworfen.



Und auch die PDI-P stellte, wie schon 2004, wieder ihre Vorsitzende Megawati Soekarnoputri als Kandidatin auf. Als Tochter des ersten Staatspräsidenten Soekarno und ehemalige Staatspräsidentin (2001-04) schwor sie ihre Partei von Beginn des Wahlkampfes an auf ihre Kandidatur ein. Kritiker ihrer Führung haben die Partei bereits verlassen und neue Parteien gegründet.

Ähnlich wie in den USA sucht sich auch in Indonesien der Präsidentschaftskandidat einen „running mate“ für die Position des Vizepräsidenten und bildet ein sogenanntes „Erfolgsteam“. Die

Suche führte unausweichlich zu intensiven Verhandlungen über künftige Kabinettsposten. Präsident Yudhoyono ging es generell darum, möglichst viele Fraktionen unter seiner Führung zu vereinen. Kalla und Megawati brauchten dagegen Partner, mit denen die genannten Hürden für eine Präsidentschaftskandidatur überwunden werden konnten. Megawati gewann zwar die Unterstützung von sieben kleineren Parteien, deren kumulierter Stimmenanteil überstieg aber noch nicht die erforderlichen 25% Wählerstimmen. Sie konnte schließlich in letzter Minute die Kooperation der Partei Gerindra gewinnen, mit deren Fraktion die PDI-P zusammen über ausreichende 21,6% der Mandate verfügt. Der Gerindra-Vorsitzende und berühmte Ex-General Prabowo Subianto wurde nach harten Verhandlungen der Kandidat für den Vizepräsidentenposten. Nach den letzten Umfragen hat das Team Megawati/Prabowo Aussicht auf 15,7% der Wählerstimmen.

Für Golkar reichte die Kooperation mit zwei kleineren Parteien ebenfalls nicht zur Registrierung des Präsidentschaftskandidaten und so wählte Kalla zusätzlich die Kooperation mit dem anderen berühmten Ex-General Wiranto und dessen Partei Hanura. Gemeinsam verfügen diese beiden Parteien über einen ausreichenden Anteil von 22,3% der Parlamentsmandate. Die eigenmächtige Entscheidung Kallas zugunsten Wirantos stieß allerdings in der Partei auf großes Missfallen. Da die Wähler in den Umfragen derzeit nur zu 8,3% für Kalla/Wiranto stimmen, wird diese Wahl voraussichtlich das Ende des Parteivorsitzes von Kalla einleiten.

Präsident Yudhoyono ist es sicher recht, sich von seinem Vizepräsidenten trennen zu können. Internen Berichten zufolge hat es zwischen ihnen mehrfach Konflikte um Regierungsentscheidungen gegeben. Nach diesen Berichten missfiel dem Präsidenten auch die Alternative einer Kandidatur von Hidayat, einer Führungsperson des derzeit größten Koalitionspartners PKS mit ihren Wertvorstellungen der nahöstlich-islamischen Tradition. Stattdessen entschied der Präsident sich für den parteilosen Boediyono, der in Pennsylvania in den Wirtschaftswissenschaften promovierte. Er übernahm während der asiatischen Wirtschaftskrise 1998 das Amt des nationalen Planungsministers, wurde 2001 für drei Jahre Finanzminister im Kabinett Megawatis, dann unter Präsident Yudhoyono Wirtschaftsminister und zuletzt Zentralbankchef. Boediyono spielte im letzten Jahrzehnt eine wichtige Rolle in der Bewältigung zweier Wirtschaftskrisen.



Erfolgsteams für die Präsidentschaftswahl 2009

Die Nominierung Boediyonos enttäuschte nicht nur die PKS, sondern sie lieferte den gegnerischen Teams auch den vermeintlichen Ansatzpunkt für eine Kritik am populären Präsidenten. Besonders aus dem Lager Megawati/Prabowo setzte eine Kampagne gegen den angeblichen „Neoliberalismus“ von Präsident Yudhoyono und seines Teampartners Boediyono ein, obwohl alle beide unter Megawati 2001–04 Ministerposten innehatten. Verfolgt man die Umfragewerte hatte diese Kampagne nicht den gewünschten Effekt, wohl deshalb, weil die Popularität des Präsidenten gerade auf zunehmender Stabilität, besserer Regierungsführung und im Volk wahrnehmbaren Wohlstandseffekten beruht.

Nach dem 2009-Bericht des Lausanner IMD Competitivwness Center sind Indonesien im Jahr 2008 „spektakuläre Verbesserungen“ der Wettbewerbsfähigkeit gelungen. Das Land sprang von Platz 51 auf den 42. Platz hinter Spanien, Brasilien und Jordanien. Die Weltbank verzeichnet in ihren globalen Indikatoren für gute Regierungsführung ein stetig besseres Abschneiden Indonesiens. Auch beim Korruptionsindex von Transparency International macht Indonesien langsame Fortschritte. Die Arbeitslosigkeit fiel in der Amtszeit Yudhoyonos von 9,9% in 2004 auf 8,5% in 2008. Das pro-Kopf Einkommen verdoppelte sich von 1.200 USD auf gut 2.200 USD, die Staatsverschuldung fiel von 54% auf 32% des Bruttosozialprodukts (BSP), und die Armutsrate verringerte sich von 16,7% auf 15,4%.

Im Wahlkampf 2009 befindet sich die Wirtschaft in relativ guter Verfassung. Das Land ist wegen der geringen Verflechtung mit der Weltwirtschaft relativ schwach von der gegenwärtigen Krise betroffen. Zudem wurde ein wirkungsvolles Krisenmanagement betrieben. Im Dezember 2008 reagierte die Regierung auf die Gefahr einer Rezession mit einer Reihe drastischer Zinssenkungen. Zusätzlich legte sie ein Stimuluspaket – bestehend aus Steuersenkungen und Infrastrukturinvestitionen in Höhe von gut 7 Mrd. USD auf. Sie verdoppelt damit das Budgetdefizit auf immer noch erträgliche 2,5% des BSP. Insgesamt konnte damit der Wirtschaftskreislauf in Schwung gehalten werden. Anfang Juni revidierte der IWF die Wachstumsprognose 2009 für Indonesien von 2,5% auf 3 – 4%. Damit gehört es neben China, Indien und Vietnam zu den wenigen Ländern, die trotz Krise noch ein Wirtschaftswachstum verzeichnen. Der IWF begründet seine Entscheidung mit der erstarkten Währung, niedrigen Zinssätzen und steigenden Aktienwerten an der indonesischen Börse. Das Land ist ins Augenmerk internationaler Anleger gerückt. Durch die internationale Krise stiegen ausländische Direktinvestitionen aber im 1. Quartal nur um 3,5%, während die Exporte im Vergleich zur Vorjahresperiode um 19% zurückgingen. Die Wirtschaft floriert – auch wahlkampfbedingt – vor allem durch die Ausgaben der privaten Haushalte, die im ersten Quartal um 5,8% stiegen, und durch die Zunahme der Staatsausgaben um 19,2%.

Wahlplattformen der Präsidentschaftskandidaten

Anders als im weitgehend unprogrammatischen Parlamentswahlkampf lassen sich die drei Kandidatenteams im Präsidentschaftswahlkampf durchaus nach ihren politisch-inhaltlichen Aussagen unterscheiden. Der Präsident verweist auf seine Erfolgsbilanz in der Wirtschaftsentwicklung, bei der Stabilitätssicherung und der Korruptionsbekämpfung und fordert von den Wählern das Mandat, weitermachen zu dürfen. Megawati/Prabowo kritisieren, dass die Wirtschaftsentwicklung eher ausländischen Interessen diene und die einkommensschwache Bevölkerungsmehrheit nicht ausreichend von den Wohlstandseffekten profitierte. Sie versprechen besondere Entwicklungshilfen für die Armen. Kalla/Wiranto bieten eine Synthese aus den Positionen der beiden anderen Teams: Sie verweisen auf Erfolge Kallas als Vizepräsident in der Regierung Yudhoyonos und zeigen sich zugleich bemüht, den Einfluss ausländischer Interessen in Indonesien zugunsten

der ärmeren Bevölkerungsschichten zu verringern. Im Nachfolgenden werden Kernthemen des Wahlkampfes wiedergegeben.

Wirtschaft und Beschäftigung

Yudhoyono/Boediyono haben eine gute Bilanz ihrer Arbeit vorzuweisen. Die IWF-Schulden aus der letzten Finanzkrise wurden 2006, also vier Jahre früher als geplant, zurückgezahlt. Die Wettbewerbsfähigkeit Indonesiens hat zugenommen, das Investitionsklima ist weit besser als vor wenigen Jahren. Zudem haben die Steuereinnahmen aufgrund der kompetenten Tätigkeit der allgemein anerkannten Finanzministerin beträchtlich zugenommen. Wenn diese Politik fortgeführt werden kann, will der Präsident die Arbeitslosigkeit bis zum Ende der neuen Amtsperiode auf 5 - 6% reduzieren.

Das Team Kalla/Wiranto dagegen kritisiert, dass die Schuldenaufnahme in absoluten Zahlen zunimmt, und dass ausländische Wirtschaftsinteressen u.a. dem traditionellen Kleingewerbe Indonesien schaden. Das Team fordert, dass nur noch solche ausländischen Investitionen zugelassen seien, die in der Bilanz der indonesischen Wirtschaft nutzen. Ihre Politik würde helfen, die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern und die Arbeitslosenzahlen um 10% zu verringern.

Megawati/Prabowo stellen konkrete Ideen zur Förderung der armen Bevölkerung und zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf und wollen zum Ende der Amtszeit ein Wirtschaftswachstum von 10% erreichen. Das Team behauptet in der Lage zu sein, 2 Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbare Fläche für den Reisanbau, sowie für Sojabohnen und Zuckerrohr zu gewinnen und damit 12 Millionen Menschen zu beschäftigen. Darüber hinaus wollen sie 24 Millionen Menschen Arbeit geben, die auf 4 Millionen Hektar Zuckerpalmen anbauen, die Bioethanol für die Kraftstoffgewinnung in neuzubauenden Anlagen liefern sollen.

In der Tat ist die unzureichende Energieversorgung ein folgenschweres Problem, das nicht nur an den vielen black-outs und geplanten brown-outs zu erkennen ist. Trotz größerer Ölvorkommen ist Indonesien Nettoimporteur und deshalb 2008 aus der OPEC ausgetreten. Da die Energiepolitik im Ressort des Vizepräsidenten Kalla liegt, werden alle Fortschritte in diesem Bereich sowohl von Yudhoyono, als auch von Kalla jeweils für sich selbst vereinnahmt. Zumeist mit chinesischen Investoren werden derzeit neue Kohlekraftwerke gebaut, die die Stromproduktion aus Kohle auf insgesamt 10.000 MW steigern sollen. Zugleich wird versucht, den hohen Kerosinverbrauch der Haushalte durch die Verwendung von Gas zu senken. Megawati/Prabowo orientieren sich dagegen am brasilianischen pro-Ethanol Programm und wollen Bioethanolanlagen, die das Zuckerpalmen-Ethanol zu Kraftstoff verarbeiten, sowie zusätzliche Dimethyläther (DME) Raffinerien für die schwefelfreie Kraftstoffproduktion bauen. Schließlich planen sie, die Elektrizitätsgewinnung aus Geothermal-Energie und Wasserkraft von derzeit 1.000 MW auf 10.000 MW zu erhöhen.

Sowohl Kalla/Wiranto als auch Megawati/Prabowo lassen jedoch offen, wie sie ihre energiepolitischen Absichten ohne Dominanz des Kapitals und Know-how ausländischer Investoren umsetzen wollen.

Außenpolitik und Verteidigung

Präsident Yudhonyono verweist darauf, dass das Land in seiner Amtszeit insgesamt neun UN-Organisationen beigetreten sei und internationales Gehör gefunden habe. Zudem bestünden gute Beziehungen zu den USA, zu Russland, China, der EU, zum Mittleren Osten und zu Lateinamerika. Kalla/Wiranto wünschen sich in der Außenpolitik vor allem eine Stärkung der Rolle Indonesiens in ASEAN. Man möchte die Führungsrolle in diesem südostasiatischen Staatenverbund, mit dem Indonesien vor allem Sicherheitsinteressen verbindet, zurückgewinnen. Ein kleineres Geplänkel mit Malaysia über das ungeklärte Territorium Ambalat östlich von Kalimantan/Borneo nutzte das Team, diesen Anspruch zu unterstreichen. Megawati/Prabowo machen dagegen ein breiter aufgestelltes Bedrohungsszenario für Indonesien aus. Es gäbe zum einen eine konventionelle Bedrohung der territorialen Integrität durch Indonesiens Nachbarn, zum anderen aber auch unkonventionelle Bedrohungen durch ausländische Wirtschaftsinteressen „in den Bereichen Energie, Kraftstoffe, Nahrung und Elektrizität“. Das Team ist bestrebt, Indonesiens Souveränität auch vor „neokolonialen Angriffen“ zu beschützen.

Fortschritte im Friedensprozess Acehs versuchen sowohl Präsident Yudhonyono als auch Vizepräsident Kalla als eigenen Erfolg zu verbuchen.

In der Verteidigungspolitik reagierten die Teams auf drei Abstürze indonesischer Militärmaschinen in den letzten Monaten, die den desolaten Zustand des militärischen Materials, aber auch die schlechten Lebensbedingungen der Soldaten in die Medienschlagzeilen brachten. Zum Schutz vor konventionellen Bedrohungen wollen Megawati/Prabowo den Verteidigungsetat Indonesiens von jetzt 0,3% auf 20% des Gesamthaushalts erhöhen. Damit wolle man auch separatistische und fundamentalistische Gegner bekämpfen. Kalla/Wiranto gehen nicht ganz so weit, wollen den Militärhaushalt aber zumindest verdoppeln. In den Genuss dieser Budgetmittel sollen allerdings ausschließlich indonesische Ausrüster kommen, um die Abhängigkeit von Lieferungen aus dem Ausland zu verringern. Yudhonyono/Boediyono erklärten, dass die Militärausgaben derzeit kaum steigen könnten, weil das Geld für staatliche Sozialprogramme gebraucht werde.

Islam

Das bislang schwache Abschneiden des Teams Kalla/Wiranto von etwa 8% in den Umfragen geht sicher auch darauf zurück, dass ihre Wahlplattform zwischen dem populären Präsidenten und der populistischen Opposition Megawatis aufgerieben wird. Erfolge Kallas verschwinden allzu leicht im Schatten der Präsidentschaft Yudhoyonos, während Megawatis oppositionelle Forderungen die Gegner Yudhoyonos weitaus überzeugender binden können. Immerhin entschied sich ihre PDI-P in der letzten Legislaturperiode als einzige Partei für die Opposition gegen das Kabinett Yudhoyonos.

In einem etwa merkwürdig anmutenden Manöver mobilisierten Kalla und Wiranto daraufhin ihre Ehefrauen Mufidah und Rugaya, um sich von den anderen Teams abzuheben. Beide Frauen tragen das islamische Kopftuch, im Gegensatz zu den Ehefrauen Yudhoyonos und Boediyonos. Die PKS veröffentlichte die Ergebnisse einer eigenen Umfrage, nach der das Kopftuch der Ehefrauen dem Team Kalla/Wiranto nutze. In einem Buch „Gläubige Ehefrauen künftiger Führer“ wird das verschleierte Porträt von Mufidah und Rugaya gezeichnet. Auf einigen Wahlplakaten des Teams Kalla/Wiranto sind die verschleierte Ehefrauen inzwischen größer als die Kandidaten selbst abgebildet. Megawati zog nach und lässt sich nun selbst zunehmend verschleiert für den Wahlkampf ablichten. Yudhonyono/Boediyono hingegen befinden sich in der komfortablen Position, dass die großen islamisch orientierten Parteien ihren Wahlkampf unterstützen und dass von

dort keine Angriffe zu erwarten sind. Insofern können sie die Gegner problemlos auffordern, die Religion aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Was ist von der neuen Regierung aus liberaler Sicht zu erwarten?

Das Fazit ist, dass sich Indonesien auf den Schlussakt des Superwahljahres vorbereitet, der vermutlich im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl am 8. Juli, oder, falls es keine absolute Mehrheit von 50% (und mindestens 20% der Stimmen in der Hälfte der Provinzen) geben sollte, im zweiten Wahlgang am 8. September entschieden wird. Nach den Umfragen ist aber wohl nicht bis zum September zu warten.

Der amtierende Präsident Yudhoyono hat insgesamt aus liberaler Perspektive eine gute Politik gemacht. Seine guten Umfragewerte belegen, dass der indonesische Wähler dies honoriert. Die oppositionellen Kampagnen, die eine ausländische Bedrohung, einen Ausverkauf der indonesischen Interessen und eine Verarmung der Bevölkerung suggerieren, ziehen bei der Bevölkerung nicht. Das belegt eine zunehmende Rationalisierung des politischen Diskurses in Indonesien. Die politischen Parteien haben diese Entwicklung noch nicht nachvollzogen und müssen sich professionalisieren, wollen sie angesichts eines starken Präsidenten nicht weiter an Bedeutung verlieren. Gleiches gilt für das indonesische Parlament.

Yudhonyonos Kandidat für die Position des Vizepräsidenten bringt neben einer liberalen Gesinnung auch wichtiges wirtschaftspolitisches Wissen und Erfahrung in die Regierungsarbeit ein. Der Vorteil der fehlenden parteipolitischen Bindung geht allerdings mit dem Nachteil einher, dass er den Präsidenten in den politischen Manövern mit Parlament und Parteien nur wenig unterstützen kann.

Es bleibt deshalb zu hoffen, dass der künftige Präsident die weitere Entwicklung der demokratischen Institutionen nicht behindert, sondern vielmehr an der Stärkung ihrer institutionellen Kapazitäten mitwirkt.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit profitierte von den oppositionellen Vorwürfen, die Regierung sei dem Neoliberalismus verfallen, weil nun allenthalben Nachfrage danach besteht, was denn nun eigentlich Liberalismus sei, und inwiefern er sich vom Neoliberalismus unterscheide. Die Stiftung hat eine Reihe von Schriften zu diesem Thema aufgelegt und führte kurzfristig nachgefragte Diskussions- und Trainingsveranstaltungen durch.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

www.freiheit.org